

Offener Brief Darstellung geschlechtergerechter Sprache in der Presse

Die HNA berichtete am 29. März 2021 unter den Überschriften „Sprachstreit an der Uni“ und „Bestrafung für korrekte Sprache“, dass Student*innen der Universität Kassel für Qualifikationsarbeiten, in denen sie keine geschlechtergerechte Sprache verwenden, schlechter benotet würden. Das Thema wurde bereits vor einigen Wochen in einer Spiegel-Reportage angeschnitten, auf die Berichterstattung der HNA folgten dann Artikel in den Zeitungen Bild und WELT (sowie eine kurze Nachrichtenmitteilung im DLF), in denen die Inhalte des ursprünglichen HNA-Artikels übernommen wurden, ohne jedoch die zu diesem Zeitpunkt bereits verfasste Stellungnahme der Hochschulleitung zu berücksichtigen. Und auch die HNA legte noch einmal nach, indem sie ihren Artikel online stellte, ohne auf die Richtigstellung der Universitätsleitung zu verweisen und zudem eine ganze Flut an wütenden Leser*innenbriefen abdruckte, die die verzerrte Wahrnehmung weiter befeuerten.

Denn die in den Artikeln beschriebenen zu erwartenden Konsequenzen für Student*innen entsprechen nicht der Realität an der Universität Kassel. Mehr noch: Die von der Presse hervorgebrachte unnötige Polarisierung der Thematik schadet unserer Ansicht nach nicht nur der Universität Kassel, sondern damit auch uns als Student*innen, die an einem diskriminierungsarmen Hochschulklima interessiert sind. Wir verurteilen daher die Berichterstattung sowie die verzerrte und verkürzte Wiedergabe einzelner Sätze und Aussagen der Webseite unserer Hochschule und der Gleichstellungsbeauftragten Sylke Ernst.

Die Berichterstattung der HNA und der anderen Medien bezieht sich vor allem auf eine Passage der Webseite der Stabsstelle Gleichstellung, in der es heißt: „Im Sinne der Lehrfreiheit steht es Lehrenden grundsätzlich frei, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache als ein Kriterium bei der Bewertung von Prüfungsleistungen heranzuziehen.“ Der Auszug ist allerdings verkürzt und verzerrt dadurch bewusst die eigentliche Aussage auf der Webseite. Vollständig heißt es dort: „An der Universität Kassel gibt es keine hochschulweit geltende, einheitliche Regelung zur Verwendung von geschlechtergerechter Sprache – auch nicht in Bezug auf Klausuren, Seminar-, Haus- oder Abschlussarbeiten. Im Sinne der Lehrfreiheit steht es Lehrenden grundsätzlich frei, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache als ein Kriterium bei der Bewertung von Prüfungsleistungen heranzuziehen. Bei der entsprechenden Benotung sollte jedoch auf die Verhältnismäßigkeit geachtet werden.“ Durch die Verkürzung entsteht der Eindruck, dass Student*innen bestraft würden, sofern sie gendergerechte Sprache nicht berücksichtigen.

Dass die Lehrfreiheit auch immer wieder genutzt wird, um Student*innen auszuschließen, die geschlechtergerechte Sprache verwenden, findet dabei keine Erwähnung. Insbesondere mit Hinblick auf die vielfach zitierten Aussagen von Walter Krämer, Vorsitzender des Vereins Deutsche Sprache (VDS), der angibt, er würde Abschlussarbeiten, in welchen das Gendersternchen verwendet wird, gar nicht erst annehmen (siehe Spiegel-Artikel *Um die gendergerechte Sprache tobt ein Kulturkampf* vom 06.03.2021), wäre eine entsprechende Einordnung wünschenswert gewesen. Denn der Verein steht derzeit vermehrt wegen rechts-populistischen Äußerungen in der Kritik, nachdem er in Zusammenarbeit mit Agens e.V. "5 Thesen zur Gendersprache" aufgestellt hat. Agens e.V. wiederum tritt für die "gelebte Ungleichheit" zwischen Mann und Frau ein, stellt sich gegen die "aktuelle Geschlechter- und Familienpolitik" und setzt sich gegen eine angebliche "Frühsexualisierung" von Kindern sowie die "Normalisierung" unterschiedlicher Sexualitäten ein. Diese Geisteshaltung findet sich auch beim VDS und seinem Aufruf "Rettet die deutsche Sprache vor dem DUDEN" wieder. Hier wird dem DUDEN mit seiner Reform, für männliche und weibliche Beiträge jeweils eigene Artikel anzulegen, eine "problematische Zwangs-Sexualisierung" der Sprache vorgeworfen.

Durch die Verzerrung der Aussagen auf der Webseite der Uni und das Fehlen einer entsprechenden Einordnung der politischen Haltung des Vereins Deutsche Sprache, bleibt die Berichterstattung leider sehr einseitig und polarisierend.

Zudem wird immer wieder darauf verwiesen, dass laut Umfrageergebnissen die Mehrheit der Deutschen gegen die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache sei. Allerdings ist dieses Argument doch ziemlich kritisch zu bewerten, da hiermit sämtlicher Minderheitenschutz und Antidiskriminierungsarbeit mundtot gemacht würde.

Die Annahme, durch die Empfehlung zur Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache der Universität abgestraft zu werden, ist unserer Meinung nach eine gefährliche Taktik, um den eigenen Anspruch auf Deutungshoheit zu bewahren. Denn das Bedürfnis nach angemessener sprachlicher Berücksichtigung als Verbot wahrzunehmen, verhindert die produktive Debatte über die tatsächlich stattfindende Diskriminierung von Frauen, inter, trans*, und nicht-binären Personen. Die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache ist eine Möglichkeit, dieser Diskriminierung entgegenzutreten und die Diversität unserer Gesellschaft sichtbarer zu machen. Wir empfinden den dem Gendern immanenten Wunsch nach Repräsentation als eine Demokratisierung der Sprachkultur, die mehr Menschen die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Ein offener, respektvoller und diskriminierungsarmer Umgang an unserer Universität, wie er durch die Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung und sexualisierter Gewalt gewährleistet werden soll, ist auch uns ein besonderes Anliegen. Daher unterstützen wir das Ziel der Universität Kassel, durch Sensibilisierung und Aufklärung über Bedeutung, Formen und Möglichkeiten geschlechtergerechter Sprache zu überzeugen und so zu einem Gesellschaftsbild beizutragen, das Vielfalt und Gleichstellung ernst nimmt. Wir möchten uns hiermit mit der Gleichstellungsbeauftragten Sylke Ernst und allen Betroffenen sprachlicher Diskriminierung solidarisieren und für die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache eintreten!